



## Niederschrift öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Hauptausschusses

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Mittwoch, 12.12.2001
<b>Sitzungsbeginn:</b>	17:00 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Stadthaus, R. 280 a

---

### Anwesend sind:

Herr Platzeck, Matthias Oberbürgermeister	SPD	
Herr Dr. Arlt, Klaus	SPD	
Frau Geywitz, Klara	SPD	
Herr Dr. Menning, Manfred	SPD	
Herr Mühlberg, Andreas	SPD	
Herr Prof. Dr. Rüdiger, Günther	SPD	ab 17:16 Uhr
Herr Dr. Gunold, Klaus	PDS	
Frau Müller, Birgit	PDS	bis 19:00 Uhr
Herr Dr. Scharfenberg, Hans-Jürgen	PDS	
Frau Dr. Schröter, Karin	PDS	
Herr Bruch, Stefan J.	CDU	
Herr Kapuste, Eberhard	CDU	
Frau Dr. Lotz, Brigitte	Grüne/B90	
Frau Platzeck, Ute	BürgerBündnis	18:00 - 19:00 Uhr

### Nicht anwesend sind:

### **Tagesordnung:**

#### Öffentlicher Teil

- 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit, Bestätigung der Tagesordnung, Bestätigung des Protokolls vom 28.11.2001
- 2 Berichterstattung der Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Postwesen zur Tarifgestaltung in Grube
- 3 Berichterstattung über das Konzept der Evangelischen Kirche zur Garnisonkirche
- 4 Verwaltungsmodernisierung StVV - Verständigung über den Vorschlag zur Ausschusszuständigkeit  
Vorlage: 01/SVV/0696  
Oberbürgermeister, Zentrales Controlling, Organisations- und Informationsservice
  - 4.1 Darstellung der Verwaltungsmeinung zur Leipziger Resolution  
Oberbürgermeister
    - 4.1.1 Verwaltungsmeinung zur Leipziger Resolution  
Vorlage: 01/SVV/0979  
Oberbürgermeister
  - 4.2 Leitbild der Stadt Potsdam

hier: Verständigung über Art und Umfang der Beteiligung von Gremien

- 5 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2002  
Vorlage: 01/SVV/0863  
Oberbürgermeister, Finanzsteuerung
- 6 Haushaltssicherungskonzept 2001 - 2005  
Vorlage: 01/SVV/0864  
Oberbürgermeister, Finanzsteuerung
- 7 Finanzplan und Investitionsprogramm 2001 - 2005  
Vorlage: 01/SVV/0865  
Oberbürgermeister, Finanzsteuerung
- 8 Feststellung der Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe  
Vorlage: 01/SVV/0866  
Oberbürgermeister, Finanzsteuerung
- 9 Vorstellung der Struktur des Bereiches OBM und des kommissarischen Fachbereiches  
Wirtschaft, Marketing, Kommunikation  
dazu Mitteilungsvorlage  
Vorlage: 01/SVV/0954  
Oberbürgermeister, FB Wirtschaft Marketing und Kommunikation
- 10 Eingliederungsvertrag Neu Fahrland  
Vorlage: 01/SVV/0911  
Oberbürgermeister
- 11 Mitteilungen der Verwaltung
- 11.1 Änderung der Verfügung zur Neugestaltung der Struktur des Dezernates II als  
Geschäftsbereich 'Bildung, Kultur und Sport' vom August 2001  
Vorlage: 01/SVV/0975  
Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Bildung, Kultur und Sport
- 11.2 Information über die Fassadengestaltung Karstadt
- 12 Sonstiges

## Protokoll:

### Öffentlicher Teil

- zu 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit, Bestätigung der Tagesordnung, Bestätigung des Protokolls vom 28.11.2001  
Der Oberbürgermeister begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung wird von ihm vorgetragen, dass

als TOP 21 – 23 die DS-Nr.: 01/SVV/0986, 01/SVV/0990 und 01/SVV/0995 – Vergabeaufträge - in die Tagesordnung mit aufgenommen werden sollen.

Herr Dr. Scharfenberg beantragt, im Zusammenhang mit den TOP 5 – 8 eine Diskussion über die Haushaltssperren für Freie Träger zu führen.  
Dazu liegt auch ein Antrag auf Rederecht vom Waschhaus e.V. vor.

Gegen diese Erweiterungen der Tagesordnung erhebt sich kein Widerspruch.

**Zum Protokoll der öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 28.11.2001 bemerkt Herr Dr. Scharfenberg, dass die auf der Seite 10, unter Punkt Sonstiges, 3. Anstrich, zugesagte Information bezüglich der Vorsteuerabzugsfähigkeit bei der BUGA-Nachnutzung noch nicht erfolgt ist.**

**Der Oberbürgermeister bittet Herrn Ernst diese Information bis Freitag, 14.12.2001, an die Fraktionen auszureichen.**

**Einwände werden gegen das o.g. Protokoll nicht vorgebracht; das Protokoll ist damit bestätigt.**

- zu 2      Berichterstattung der Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Postwesen zur Tarifgestaltung in Grube  
Herr Hadlich teilt mit, dass keine Vertreter der Regulierungsbehörde anwesend sind, weil nach einigen Gesprächen die Auffassung seitens der Regulierungsbehörde gereift sei, dass die Zuständigkeit für die Tarifzonen bei der Telekom liegt. Der dazu geführte Schriftwechsel wird dem Protokoll als Anlage beigefügt.  
Herr Kapuste bemerkt dazu, dass es hier um eine prinzipielle Frage geht und die Einwohner in Grube sicher kein Verständnis dafür haben, dass dieses technisch einfach zu lösende Problem nicht in ihrem Interesse geklärt werden kann. Er bittet mit Zustimmung weiterer Hauptausschussmitglieder nunmehr die **Telekom zum nächstmöglichen Termin einzuladen.**
- zu 3      Berichterstattung über das Konzept der Evangelischen Kirche zur Garnisonkirche  
Herr Superintendent Althausen führt dazu aus, dass seitens der Evangelischen Kirche ein Konzept erarbeitet wurde, welches als Kompromiss der Diskussion über lange Jahre zu sehen ist. Den Mitgliedern des Hauptausschusses liegt dieses Konzept vor und wird von Herrn Vogel näher erläutert. Herr Superintendent Althausen richtet anschließend an alle Stadtverordneten die Bitte, sich hinter das Nutzungskonzept zu stellen und es möglich zu machen. Er erklärt seine Bereitschaft, in die Fraktionen sowie in den Kulturausschuss zu gehen, um das Nutzungskonzept zu erläutern.  
  
In der sich anschließenden Diskussion macht Herr Kapuste darauf aufmerksam, dass für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23.01.2002 eine entsprechende Stellungnahme verabschiedet werden soll, gemäß DS-Nr.: 01/SVV/0666.  
  
Nach einer weiteren Verständigung schlägt der Oberbürgermeister den 16. Januar 2002 als nächsten Sitzungstermin für den Hauptausschuss vor, wo diese Stellungnahme diskutiert werden soll, um sie den Stadtverordneten am 23.01.2002 vorlegen zu können. Er bittet Herrn Kapuste, einen Vorschlag dafür zu formulieren und an alle Mitglieder des Hauptausschusses ausreichen zu lassen.
- zu 4      Verwaltungsmodernisierung StVV - Verständigung über den Vorschlag zur Ausschusszuständigkeit  
Vorlage: 01/SVV/0696  
Der Oberbürgermeister bittet die Hauptausschussmitglieder, die Ergebnisse der Diskussion in den Fraktionen zur Ausschusszuständigkeitsordnung darzulegen. Herr Dr. Scharfenberg führt dazu aus, dass seiner Ansicht nach Einigkeit darüber bestehe, in dieser Wahlperiode keine Änderungen diesbezüglich vorzunehmen. In der 1. Hälfte des Jahres 2002 sollte in den Ausschüssen selbst eine Verständigung über den Vorschlag zur Ausschusszuständigkeit stattfinden.

digung zur Ausschusszuständigkeit geführt werden. Herr Mühlberg ergänzt dahingehend, dass der Wille zur Umstrukturierung vorhanden ist und Vorbereitungen für die neue Wahlperiode getroffen werden sollten. Herr Bruch betont, dass die neu gewählte Stadtverordnetenversammlung selbst darüber entscheiden muss; jetzt kann nur eine Empfehlung erarbeitet werden.

Einigkeit wird zum Vorschlag von Herrn Dr. Pokorny erzielt, dass er dem Hauptausschuss eine **Konzeption zur neuen Arbeitsweise der Ausschüsse unterbreitet, die dann diskutiert und in die einzelnen Fachausschüsse überwiesen werden soll.**

zu 4.1 Darstellung der Verwaltungsmeinung zur Leipziger Resolution

zu 4.1.1 Verwaltungsmeinung zur Leipziger Resolution

Vorlage: 01/SVV/0979

Herr Dr. Scharfenberg führt dazu aus, dass nach seiner Ansicht Defizite in der Mitteilungsvorlage zur Frage der Demokratie und der Förderung der Bürgernähe enthalten sind. Als Beispiele benennt er fehlende Ausführungen zu Ortsbeiräten, zur Förderung von Bürgerinitiativen und zur Führung der Haushaltsdiskussion unter dem Aspekt der Bürgernähe.

In der sich anschließenden Diskussion, an der Herr Mühlberg, Herr Prof. Dr. Rüdiger, Herr Kapuste und Herr Dr. Gunold teilnehmen, werden die Ausführungen kontrovers diskutiert. Herr Mühlberg betont, dass Gremien wie z.B. die Stadtverordnetenversammlung die ihr zugeordnete Rolle übernehmen müssen und die Diskussionen in der Hauptversammlung des Deutschen Städtetags sehr vielfältig geführt wurden, aber letztlich immer auf einen Punkt zurück gingen, nämlich die Ausstattung der Kommunen mit entsprechenden Finanzen.

zu 4.2 Leitbild der Stadt Potsdam

hier: Verständigung über Art und Umfang der Beteiligung von Gremien

Herr Geiss führt dazu aus, dass ein Entwurf des Leitbildes auf der Grundlage der Kienbaumstudie im Februar vorliegen und dann mit den entsprechenden Gremien diskutiert werden soll.

zu 5 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2002

Vorlage: 01/SVV/0863

zu 6 Haushaltssicherungskonzept 2001 - 2005

Vorlage: 01/SVV/0864

zu 7 Finanzplan und Investitionsprogramm 2001 - 2005

Vorlage: 01/SVV/0865

zu 8            Feststellung der Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe  
Vorlage: 01/SVV/0866  
Entsprechend der Erweiterung der Tagesordnung wird zu diesen Tagesordnungspunkten die Diskussion über die Haushaltssperre für Freie Träger eingefügt.  
Dem vorliegenden Antrag auf Rederecht für den Geschäftsführer des Waschhaus e.V., Herrn Wegener, wird mehrheitlich zugestimmt.  
Herr Wegener stellt die Situation der Freien Träger dar und mahnt die Zahlung der fehlenden Mittel für den Monat Dezember an.  
Herr Bosse erläutert die Vorgänge der Beanstandung der Beschlüsse der StVV und die derzeitige Prüfung beim Innenministerium. Frau Fischer ergänzt dahingehend, dass mit den Freien Träger Gespräche geführt wurden und eine Lösung in der Art gefunden wurde, dass am 02. Januar 2002 die unabweisbaren, dringlich erforderlichen Zahlungen in Abstimmung mit der Kämmerei getätigt werden. Eine entsprechende Analyse mit allen Freien Trägern geht dem voraus. Die Zahlungsanweisungen liegen bis zum 13.12.2001 in der Kämmerei vor. In der sich anschließenden Diskussion werden verschiedenste Lösungsmöglichkeiten diskutiert, wobei Einigkeit darüber besteht, dass eine langfristige Lösung dieses Problems gefunden werden sollte.

Anschließend erläutert Herr Ernst die Vorlagen zu den TOP 5-8 und macht auf einige Schwerpunkte aufmerksam. Herr Bosse legt ergänzend dar, dass nach einer Analyse der Einnahmen aus dem GfG und der Gewerbe- und Einkommenssteuer den Stadtverordneten kein neuer Entwurf der Haushaltssatzung vorgelegt wird. Mit weiteren Minderausgaben ist jedoch zu rechnen.  
Anschließend werden durch die Mitglieder des Hauptausschusses Herrn Dr. Scharfenberg, Herrn Mühlberg, Herrn Prof. Dr. Rüdiger und Herrn Bruch die Schwerpunkte der Haushaltsdiskussion aus der Sicht ihrer Fraktionen dargelegt. In diesem Zusammenhang bittet Herr Dr. Scharfenberg um die Änderung des HSK hinsichtlich der Haushaltsstelle "Aufwendungen für ehrenamtliche Tätigkeit" entsprechend der beschlossenen Entschädigungssatzung sowie um eine **Aufstellung über mögliche Veräußerungen von Unternehmensbeteiligungen, die durch Herrn Ernst bis spätestens 21.12.2001 zugesagt werden (für alle Fraktionen)**.  
Herr Bosse fordert alle Fraktionen auf, die von ihnen gewünschten Änderungen rechtzeitig vorzulegen, um eine Sichtung und Prüfung seinerseits zu ermöglichen. In der Sitzung der StVV sollte eine übersichtliche Diskussion und Abstimmung möglich sein.

zu 9            Vorstellung der Struktur des Bereiches OBM und des kommissarischen Fachbereiches  
Wirtschaft, Marketing, Kommunikation  
dazu Mitteilungsvorlage  
Vorlage: 01/SVV/0954  
Der Oberbürgermeister erläutert die Fachbereichsbildung und beantwortet gemeinsam mit Herrn Dr. Pokorny die aufgeworfenen Fragen.  
**Herr Dr. Scharfenberg bittet um ein Organigramm dazu sowie um eine Aufstellung der finanziellen Auswirkungen der Fachbereichsbildung bis zum 14.12.2001.**

zu 10       Eingliederungsvertrag Neu Fahrland  
Vorlage: 01/SVV/0911

Herr Hadlich erläutert den Eingliederungsvertrag und beantwortet die Fragen von Herrn Dr. Scharfenberg und Herrn Mühlberg zum Haushalt der Gemeinde Neu Fahrland.

Anschließend empfiehlt der Hauptausschuss der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Eingliederungsvertrag Neu Fahrland

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 12  
Ablehnung: 0  
Enthaltung: 0

zu 11       Mitteilungen der Verwaltung

zu 11.1     Änderung der Verfügung zur Neugestaltung der Struktur des Dezernates II als Geschäftsbereich 'Bildung, Kultur und Sport' vom August 2001  
Vorlage: 01/SVV/0975

Der Oberbürgermeister hat die in der Anlage dargestellte und begründete Verfügung zur Änderung der Verfügung zur Neugestaltung der Struktur des Dezernates II als Geschäftsbereich "Bildung, Kultur und Sport" vom August 2001 erlassen.

**Landeshauptstadt Potsdam  
Der Oberbürgermeister**

**Verfügung zur Änderung der  
Verfügung zur Neugestaltung der Struktur des Dezernates II  
als Geschäftsbereich "Bildung, Kultur und Sport" vom August 2001**

**I.**

Die Verfügung zur Neugestaltung der Struktur des Dezernates II als Geschäftsbereich "Bildung, Kultur und Sport" vom August 2001 wird in folgenden Punkten geändert:

**1. Vortext der Verfügung:**

Davon ausgehend werden mit Wirkung vom **23.01.2002** folgende Veränderungen verfügt:

**2. Punkt I. 2.**

Die Ämter 40, 41, 42, 43, 44, 45 sowie 52 werden mit Wirkung vom **23.01.2002** in ihrer bisherigen Struktur aufgelöst. Zugleich werden die entsprechenden Amts-

leiter/innen durch die StVV abbestellt.

## II.

Die Verfügung ist im Mitteilungsblatt bekannt zu machen.

Matthias Platzeck

### **Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.**

- zu 11.2 Information über die Fassadengestaltung Karstadt  
Herr John gibt zur Kenntnis, dass das derzeitige "Großplakat" bis zur Montage des Stützgerüsts für die Fassadensicherung beim Abbruch erhalten bleibt. Karstadt beabsichtigt, das in der Brandenburger Straße hineinragende Gerüst mit einer künstlerisch gestalteten Folie zu verkleiden. Dazu werden im Dezember Vorschläge erarbeitet. Da dieses Projekt aus Werbeeinnahmen finanziert werden muss, wird Karstadt dazu einen Bauantrag (Werbeanlage) einreichen. Sofern die entsprechende Genehmigung bis zur Fertigstellung des Stützgerüsts vorliegt, kann auch unmittelbar danach die Verkleidung angebracht werden.
- zu 12 Sonstiges  
Herr Dr. Scharfenberg fragt nach dem Stand des Ausschreibungsverfahrens des Finanzbeigeordneten.  
Der OBM gibt zur Kenntnis, dass am 04. Januar 2002 die Ausschreibung beendet ist und sich dann das übliche Prozedere anschließt.  
  
Herr Dr. Scharfenberg fragt weiterhin nach dem aktuellen Stand des Hauptstadtvertrages.  
Der OBM verweist auf die im Januar 2002 laufenden Gespräche und signalisiert eine entsprechende Information im Hauptausschuss.